

der Ordnung, der Ruhe und der Verfassung am meisten am Herzen liegen muß, eingeschlafert werden und es verlernen, selbst etwas zu thun für die Aufrechthaltung der Ordnung, für die Erhaltung der öffentlichen Meinung und des Volksbewußtseins in den gesetzlichen Schranken. Es giebt allerdings eine Partei im Lande, die mit Recht die „Fanatiker der Ruhe und Ordnung“ genannt werden, eine Partei der niemals die Regierung weit genug gehen kann in solchen Maaßregeln; aber eben damit diese Partei nicht übermächtig werde, sondern diejenige, welche durch eigene Thätigkeit im wahrhaft conservativen und zugleich im wahrhaften Sinne des Fortschritts wirken will, damit diese über jene Partei der Fanatiker der Ruhe siege, deshalb wünsche ich, daß die Regierung nicht durch solche Ausnahmemaßregeln die Bürger einschläfere und von der eigenen Thätigkeit zur Aufrechthaltung der Ordnung entwöhne. Aus diesen beiden Gründen, hinzugerechnet jene, welche von andern Rednern in materieller Beziehung hervorgehoben worden sind, muß auch ich mich entschieden für den Antrag des Abg. Müller erklären.

Vizepräsident Haberkorn: Es scheint die stillschweigende Convention unter den Mitgliedern der Kammer zu herrschen, daß man über den Rechtspunkt, d. h. über die Frage, ob die Regierung überhaupt berechtigt gewesen ist, einen derartigen Ausnahmezustand, wie geschehen, zu verhängen, schweigt. Ich glaube, es ist dies auch ganz in der Ordnung, denn wir bekommen die Verordnung, nach welcher uns die nachträgliche Genehmigung derselben anheim gegeben wird, später zur Berathung und Entschließung vorgelegt und hier wird es Zeit sein, sich über den Rechtspunkt auszusprechen. Im Allgemeinen wird wohl Niemand verkennen können, daß nach den Maitagen irgend Etwas zur Erhaltung und Wiederherstellung der Ordnung geschehen mußte; die Verhältnisse waren ganz eigenthümlicher Art und die Regierung mochte wohl das Recht haben, einige außerordentliche Maaßregeln zu ergreifen; allein ob sie in der Weise und der Ausdehnung, wie es §. 16 der Verordnung vom 7. Mai d. J. vorschreibt, diesen Ausnahmezustand beschließen konnte, das muß ich wenigstens bezweifeln und ich behalte mir deshalb weitere Anträge für die Zukunft vor. Schon bei der frühern Debatte, als über die sofortige Berathung des vorliegenden Antrags gesprochen wurde, habe ich mich dafür erklärt, den Ausnahmezustand aufzuheben. Als Grund gab ich an, daß Tausende von Menschen unter demselben leiden, bleibe auch heute bei dieser Behauptung stehen. Es sind nun aber schon von vielen Seiten die Gründe auseinander gesetzt worden, aus denen man eine schleunige Beseitigung des Ausnahmezustandes wünschen muß, und ich unterlasse es deshalb, solche weiter auszuführen, beziehe mich vielmehr nur auf dieselben. Der Herr Staatsminister des Innern hat uns jedoch heute noch einen Grund mitgetheilt, aus welchem die Regierung es für nothwendig hält, daß dieser Ausnahmezustand vor der Hand noch bestehen bleibe. Er hat angegeben, es wären poli-

tische Gründe, welche die Regierung nöthigten, den Ausnahmezustand aufrecht zu erhalten. Diesen Grund können wir acceptiren, denn Politik ist nicht die Sache einer Stadt, ist nicht die Sache eines kleinen Bezirks von zwei Meilen und beziehentlich einer, sondern die Politik ist eben etwas Allgemeines. Es hat der Herr Minister damit eben zugegeben, daß nicht locale Verhältnisse hier in Frage sind, sondern eben allgemeine, er hat also zugegeben, daß Dresden allein nicht die Fehler der Politik ausbaden kann, sondern, wenn etwas geschehen soll, dann das ganze Land, nach Befinden Deutschland, in einen solchen Zustand versetzt werden müßte; eine solche Behauptung aber wird wahrscheinlich nicht einmal von der Ministerbank aus aufgestellt werden. Es hat der Herr Minister weiter geäußert, daß die Rückkehr der Ordnung in Europa mittelst solcher Ausnahmezustände auch mit herbeigeführt worden wäre. Ich kann das nicht zugeben; jedoch giebt damit der Herr Minister seinerseits gleichzeitig zu, daß die Ordnung wiederhergestellt worden sei, dann braucht wiederum deshalb nicht eine Ausnahme für wenige Meilen des Landes weiterhin statuirt zu werden. Deutlicher hat der Herr Staatsminister Ischinsky die Gründe, weshalb er glaubt, daß in Dresden der Zustand noch fortdauern müsse, angegeben. Er sagte, die Gemüther wären jetzt aufgeregter, als im Mai; das ist eine einseitige Behauptung, allein ich stelle die gegentheilige Behauptung auf, die Gemüther sind nicht aufgeregter. Ich verlange, daß der Beweis geführt wird, daß äußere Kennzeichen vorgelegt werden, aus denen hervorgeht, daß die Gemüther aufgeregter wie je seien. Dies ist aber nicht möglich, mithin die Behauptung nicht richtig. Es wird der Kampf, der unglückliche Kampf, der im Mai geführt worden ist, schwerlich wieder im Vaterlande vorkommen, entsteht ein Kampf, so wird er im parlamentarischen Wege geführt werden; entweder vereinigen sich dann die Factoren der Gesetzgebung oder sie vereinigen sich nicht. Im letztern Falle hat man nicht zu besorgen, daß Gleiches oder Ähnliches vorkommt, was in diesem Jahre schon geschehen ist. Daß die Bewegungspartei reger wie je sei, auch dafür fehlen die Beweise. Ich bin kein Bewohner des Bezirkes, in welchem der Kriegsstand ausgesprochen worden ist, ich kenne aber den Bezirk, ich kenne auch andere Gegenden des Landes, und kann mit vollem Rechte versichern, daß ich durchaus nicht bemerkt habe, daß eine Partei sich besonders hervorthue, daß eine Partei bemüht sei, die Ruhe und Ordnung zu stören. Der Kampf und die Bewegung erfolgt hauptsächlich nur auf zwei Wegen, entweder durch die Presse oder in Vereinen. Was die Presse betrifft, nun, da sind die Waffen gleich, da wollen wir doch auf keine Partei einen Stein werfen; beide Parteien bekämpfen sich mit gleichen Waffen und beide haben gegen einander aufzuheben. Was die Vereine anbetrifft, so gebe ich dem Abgeordneten, der vorhin sprach, Recht, das Vereinswesen ist ins Stocken gerathen; obwohl im ganzen Lande dasselbe nicht wirklich suspendirt ist, so ist es doch an vielen Orten stillschweigend